AGMO-Intern

Nr. 2 / Mai 2016
weitere Informationen:
www.agmo.de

Mitteilungen der AGMO e.V. - Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen

Die Anfänge des Deutschen Freundschaftskreises in Schlesien - Fortsetzung

Fortsetzung des Beitrags aus der Ausgabe 1/2016:

Viel Mut und Standhaftigkeit

Seine verbrieften Rechte kann nur derjenige wahrnehmen, der sich dies auch getraut. So war eine der vordringlichsten Aufgaben der Initiativgruppen der Deutschen in Schlesien, die in 40 Jahren der Unterdrückung aufgezwungenen „Angstbarrieren“ zu überwinden: „Die Initiativgruppenleiter versuchen dieses Problem zu lösen, indem sie regelmäßig Treffen der Mitglieder organisieren. Bei dieser Gelegenheit werden die deutsche Sprache gelehrt und deutsche Volkslieder gesungen.“ Man mag es kaum glauben, aber es ist wahr, daß man sich schon zu dieser Zeit ohne jeglichen diplomatischen Schutz durch die Bundesrepublik Deutschland getraute, mehr oder weniger öffentlich aufzutreten: „Eine der wichtigsten Veranstaltungen des Deutschen Freundschaftskreises war ein Treffen der Mitglieder im Ratiborer Kloster am 10. Mai 1986.“

Feier des DFK Hindenburg im Jahr 1987

Massive staatliche Präsenz soll Deutsche einschüchtern

Aber die polnisch-kommunistische Staatsmacht war schon am Ort präsent: „Dieses Treffen konnte jedoch nicht wie geplant durchgeführt werden, da einerseits die Tür des Klosters, wo zum Auftakt eine Messe abgehalten werden sollte, für die Deutschen verschlossen blieb und andererseits starke Milizeinheiten und die zivilen ‚Wahrer‘ der polnischen Gesetze, die Sicherheitsbeamten, die Wege zum Kloster versperrt haben. Bereits am selben und an den folgenden Tagen haben Sicherheitsbeamte bei verschiedenen führenden Mitgliedern des Freundschaftskreises in Schlesien umfangreiche Hausdurchsuchungen, Verhöre, Verhaftungen und Beschlagnahme von Geldmitteln vorgenommen.“ Nicht ganz zu Unrecht vermutet der Autor, daß dieser Aktionismus der kommunistischen Staatsmacht dazu diente, weitere Initiativen der eine Million Deutschen in Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen zur Wahrung der eigenen kulturellen Identität im Keim zu erstikken. Aber hier schätzten Diktatur und deren Handlanger die Stimmung der deutschen Bevölkerung falsch ein. Der DFK in Schlesien wuchs zunehmend an Größe und Bedeutung; ab 1986 wurde ein eigenes Informationsblatt herausgegeben: „Zum Kattowitzer und Oppelner Bereich ist mittlerweile auch der Breslauer, Waldenburger, Stettiner, Danziger und Bromberger hinzugekommen.“ Zudem begann im Sommer 1986 eine Umfrage unter den Deutschen. Damit sollte unter anderem die Standardformulierung der polnischen Kommunisten und der polnischen katholischen Kirche widerlegt werden, es gäbe keine Deutschen in Schlesien und der gesamten Volksrepublik Polen.

Zulassungsprozeß – ein mühsamer Weg

Daß es sie gab, wurde eindrucksvoll durch die Reise einer Gruppe von Aktivisten der ersten Generation aus Oberschlesien nach Warschau unter Beweis gestellt. Am 31.01.1990 machten sie sich im PKW auf den damals noch sehr unbequemen Weg, um an dem Gerichtstermin teilzunehmen, bei dem vor dem Obersten Polnischen Gerichtshof das Urteil über die Zulassung von Organisationen der deutschen Volksgruppe in der im politischen Umbruch befindlichen Republik Polen verkündet werden sollte: „Die Kameraleute richteten ihre Kamera auf die geöffnete Tür und der Oberste Richter und die beiden Beisitzer traten in den Saal. Es herrschte Totenstille, als der Oberste Richter mit der Verlesung des Bescheids begann. Doch bald senkten sich unsere Köpfe, als er bekanntgab, daß unsere Angelegenheit zurück zum Gericht nach Oppeln muß und dort nochmals geprüft und dann entschieden werden soll. Es wurden Behauptungen des Oppelner Gerichts vom 24.07.1989 korrigiert, aber auch auf die Gefahren einer ‚deutschen Minderheit‘ hingewiesen.“

Tagung führender DFK-Vertreter im Jahr 1990

Fasching, Fastnacht, Karneval – in Oberschlesien feierten die Kinder

Das Kulturleben in den Ortsgruppen des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) ist vielfältig und bunt. Die Deutschen in der Republik Polen lassen die vielfältigen Traditionen neu aufleben oder knüpfen an bestehende an. So auch in Mechnitz, wo seit einiger Zeit mit Natalia Jasik eine junge Frau Vorsitzende der lokalen deutschen Gruppe ist (vgl. dazu: Gespräch mit ihr in AGMO-Intern 5/2015).
„Am 23. Januar hat der DFK in Mechnitz Karneval gefeiert. Dazu zählten unter anderem eine Bastelrunde und ein Maskenball für Kinder. Die ersten zwei Stunden haben die 23 Kinder verschiedene Karnevalsmasken gebastelt; es konnte ein Tier sein, eine venezianische Maske oder ein Teil eines Kostüms: ein Hut oder eine königliche Krone.

Kinderkarneval beim DFK Mechnitz

Die Kinder verwendeten verschiedene Materialien wie buntes Papier, Brokat, Aufkleber, Schleifen und bunte Federn. Die Ideen unserer Kinder waren Klasse! Während des Bastelns haben wir darauf geachtet, daß Deutsch gesprochen wurde. Ziel des Projektes war, unserem DFK-Nachwuchs die deutsche Sprache im Alltag nahezubringen. Nach der Bastelzeit hatten die Kinder eine kurze Pizza-Pause, so daß sie Kraft für den nächsten Teil des Projekts schöpfen konnten. Nach der Pause wurden die selbst gebastelten Masken präsentiert, und danach begann der Maskenball! In den folgenden zwei Stunden haben die Kinder auf der Tanzfläche viel Spaß gehabt. Am Abend waren sie müde, als die Eltern sie abholten. Müde, aber sehr glücklich und zufrieden nach dem intensiven Tag! Die Freude war so groß, daß sie gleich wissen wollten, wann der DFK Mechnitz wieder so ein Projekt organisiert.“

Spendenaufruf der AGMO e.V.

Die AGMO e.V. bittet um Spenden für ihre projektbezogene Arbeit. Bitte geben Sie bei Ihrer Spendenüberweisung ihre vollständige Anschrift zur Übermittlung von Zuwendungsbestätigungen für Spenden ab 100,- € an.
Spendenkonto-Nr. 22 666 11 00,
BLZ 370 800 40, Commerzbank Bonn
IBAN: DE22 3708 0040 0226 6611 00
BIC: DRESDEFF370
Der Vorstand der AGMO e.V. dankt allen Spendern!

DFK-Kindergruppe in Tworkau 2015

Auftritt der Tworkauer Kindergruppe zum Muttertag

Die DFK-Kindergruppe unter der Leitung von Barbara Kasza, die schon vor einiger Zeit wegen der steigenden Anzahl der Mitglieder in zwei Gruppen aufgeteilt wurde, trifft sich regelmäßig einmal wöchentlich im DFK Kulturhaus, um spielerisch Deutsch zu lernen. Mit ihren Auftritten bei Festen des DFK zu verschiedenen Anlässen begeistern die Kinder nicht nur das Publikum, sondern es ist auch eine gute Gelegenheit, ihre Deutschkenntnisse zu präsentieren.

„Im Juni dieses Jahres nahm die DFK- Kindergruppe zum ersten Mal am deutschen Kinder- und Jugendfestival auf dem Sankt Annaberg teil und gewann in der Kategorie ‚Tanz‘ den ersten und der Kategorie ‚Gesang‘ den zweiten Platz. Aber auch unsere Senioren begeistert die junge Gruppe. Anläßlich des Seniorentages trat die DFK- Kindergruppe aus Tworkau in den Seniorenheimen in Zabelkau und Groß Gorschütz mit einem bunten Programm aus Tänzen, Gedichten und Liedern in deutscher Sprache auf. Seit 2014 besteht die Kindergruppe aus 56 Kindern in zwei Altersgruppen. Sie wird vom deutschen Konsulat in Oppeln, dem Verwaltungsministerium in Warschau, der AGMO e.V. aus Bonn und von der Gemeinde Kreuzenort unterstützt.“

Die AGMO e.V. bittet zur Unterstützung weiterer Projekte des DFK um Spenden: Stichwort **„DFK-Arbeit“**

AGMO-Mitgliederversammlung 2016 stimmt für Verschmelzung mit VDA

Die Mitgliederversammlung der AGMO e.V. hat am 30. April 2016 einstimmig einen Grundsatzbeschluß über die Verschmelzung mit dem Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V. (VDA) gefaßt. Zur Abstimmung lagen den Mitgliedern der Verschmelzungsbericht und der Entwurf des Verschmelzungsvertrages vor.

Der Vorstand erläuterte den Mitgliedern das Ergebnis der Verhandlungen mit dem VDA. Durch die endgültige Annahme des Vertrages wird die AGMO e.V. in den VDA übergehen. Es wurde vertraglich sichergestellt, daß das Vermögen der AGMO e.V. und die Spendenmittel nach der Verschmelzung der Förderung von Projekten der Organisationen der Deutschen in der Republik Polen zugute-

kommen werden. Die dem Spendenzweck entsprechende Verwendung der Zuwendungen ist damit gewährleistet. Zudem sollen AGMO-Vorstandsmitglieder in Zukunft in den Gremien des VDA mitwirken können. Als Verschmelzungsstichtag wurde der 1. Oktober 2016 festgelegt.

Der Weg einer engen organisatorischen Verknüpfung mit dem VDA ist die einzige Möglichkeit, die zukünftige Unterstützung der deutschen Volksgruppe östlich von Oder und Neiße durch private Spenden aus der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. So können die Ergebnisse und Errungenschaften der zurückliegenden 36 Jahre des Einsatzes für heimatverbliebene Deutsche in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen bewahrt werden.
Das umfangreiche Archiv wurde bereits am 25. April 2016 der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne übergeben.

Der Vorsitzende, Dr. Tobias Körfer, sprach den Mitarbeitern, Mitgliedern, Spendern und vor allem dem Gründer und Ehrenvorsitzenden seinen Dank und Anerkennung aus: „Ohne die Idee, den Einsatz und den eisernen Willen Peter Oprzondeks, hätte es die AGMO e.V. nie gegeben und die deutschen Volksgruppenorganisationen in der Republik Polen wären in dieser Form wohl nicht entstanden.“

Dissertation: Das deutsche Volk in Polen nach 1945

Vor einigen Monaten trat eine Doktorandin der Geschichte, Stipendiatin des Deutschen Historischen Instituts in Warschau und der Erich und Erna-Kronauer-Stiftung, an die AGMO e.V. heran und fragte, ob wir mit Informationen zu dem Thema ihrer Doktorarbeit behilflich sein könnten. Direkt war uns das zwar nicht möglich, jedoch unterstützen wir jede Initiative, die Geschichte der Deutschen in den Vertreibungsgebieten in Mittel- und Osteuropa wissenschaftlich aufzuarbeiten. So boten wir Teresa Willenborg – sie ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität in Hannover – an, über ihre Dissertationsschrift in AGMO-Intern zu berichten:

„Unbeschreiblich war die Wirrnis von Angst und Hoffnung, Zweifeln und Glauben, die die Menschen in dem Gebiet östlich von Oder und Neiße erfüllte. Im Grunde hatten die meisten von ihnen immer noch nicht den tiefen Umsturz begriffen, den das Ende dieses Zweiten Weltkrieges für Deutschland bedeutete“.(1)

Als im Januar 1945 die Rote Armee in Niederschlesien einzog, waren Gewalt und Vergewaltigungen an der Tagesordnung. Schutzlos war die deutsche Bevölkerung, der die Flucht nicht gelang, den Übergriffen russischer Soldaten ausgesetzt. Die ersten Anordnungen der russischen Kommandantur und der polnischen Behörden traten in Kraft. Alle deutschen Männer, Frauen und Kinder wurden zu Aufräumarbeiten, zur Beseitigung der Trümmer, zu Massenbeerdigungen der Toten gezwungen.

Die rechtliche Grundlage für die Zwangsumsiedlung bildeten die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. In der Sitzung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland am 20. November 1945 in Berlin wurde ein Aussiedlungsplan mit Zeitrahmen und ungefähren Zahlen der Aussiedler erarbeitet. Dem Aussiedlungsplan zufolge sollten ca. 3,5 Mio. Deutsche aus dem Gebiet des polnischen Staates in die sowjetische (2 Mio.) und britische (1,5 Mio.) Besatzungszone umgesiedelt werden. Bereits im Juli und August 1945 kam es zu „unorganisierten“ bzw. „wilden“ Vertreibungen der Deutschen aus Schlesien, die von den polnischen Behörden bis 1947 durchgeführt wurden. Die damalige Stimmung beschreibt eine Niederschlesierin folgendermaßen: „Wir verlassen unsere mit Blut und Tränen verteidigte Heimat. Wir haben es ja nie glauben wollen, daß wir unser liebes Neisser Land an Polen verlieren könnten! Was bleibt aus unserer Heimat? Bald wird man kein deutsches Wort mehr hier hören…“.(2)

Obwohl die polnischen Behörden die Vertreibung der Deutschen gezielt vorantrieben, war es im Interesse der polnischen Regierung, zugleich die wirtschaftliche Stabilität des neuen Staates aufrechtzuerhalten. Der polnische Außenminister Zygmunt Modzelewski sprach sich zwar am 10. April 1947 vor dem Sejm der Republik Polen(3) für die Ausweisung der Deutschen aus Polen aus, dennoch betonte er, „Ein Deutscher voller Kraft und voll arbeitsfähig […] wird nicht zur Ausreise gezwungen, sondern muß sich erst das Recht zur Ausreise durch die Ausführung einer gewissen Summe von Arbeit für die Periode des Wiederaufbaus verdienen“. Im Interesse der polnischen Regierung stand die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität in Schlesien im Vordergrund. Diesbezüglich wurde von dem polnischen Wirtschaftsministerium im Juli 1947 beantragt, die deutschen Arbeitskräfte von der Aussiedlung auszuschließen. Dabei handelte es sich um deutsche Fachkräfte, die vom polnischen Staat als dringend erforderlich eingestuft und in den „know-how-intensiven“ Wirtschaftszweigen - im Bergbau und in der Textilindustrie - beschäftigt wurden. Allein in Niederschlesien und im Oppelner Schlesien benötigte man ca. 50.000 Fachkräfte, um die 400 größeren und 600 kleineren Textilfabriken am Laufen zu halten. Im Kreis Waldenburg wurden 15.000

Kinder während der Vertreibungen

Fachkräfte eingesetzt, um den hohen Arbeitskräftebedarf auszugleichen. Für die Ingangsetzung und Aufrechterhaltung der Produktion in der Kristallschleiferei in Niederschlesien benötigte man ca. 1000 deutsche Fachkräfte.

Der Existenzaufbau in Schlesien verlief unter erschwerten Bedingungen und hat die deutsche Bevölkerung vor große Herausforderungen gestellt: „Viele von ihnen wurden aus ihrer eigenen Wohnung oder aus ihrem eigenen Häuschen herausgeworfen. Es gab Fälle von Gewaltmaßnahmen, Lynchjustiz, Diebstählen und Diskriminierung […] Es sind Fälle bekannt, wo Arbeiter ohne Begründung eine schlechtere Arbeit zugewiesen erhielten. Viele gute Fachleute wurden nicht entsprechend ihren Kenntnissen eingesetzt. So mancher Deutsche wurde unberechtigterweise verhaftet, und manche mußten Gefängnisstrafen absitzen […] Viele alte Menschen entbehrten einer entsprechenden Sozialfürsorge und lebten in schwierigen materiellen Verhältnissen“.(4)

Sonderbefehl

für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn einschliesslich Ortsteil Sandberg.

Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neisse umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschließlich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Straße Bhf. Bad Salzbrunn-Adelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hausschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945, 6 Uhr.

Abschnittskommandant
(-) Zinkowski
Oberstleutnant.

Die deutschen waren nicht nur Zeugen, daß ihr persönliches Eigentum beschlagnahmt wurde, sie haben auch miterlebt, wie die jahrhundertlange deutsche Geschichte erlosch und wie eine Polonisierung der sog. „wiedergewonnenen“ Gebiete in die unterschiedlichen Lebensbereiche drängte. Unterschiedlich verlief die staatlich gesteuerte Polonisierungspolitik in Nieder- und Oberschlesien. Der politische und gesellschaftliche Druck auf die deutschen Oberschlesier nahm nach 1945 deutlich zu. Die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien wurde vom polnischen Staat als „germanisierte Polen“ deklariert und umfassenden „Polonisierungsmaßnahmen“ unterworfen. Im öffentlichen Leben kam es zum Verbot der deutschen Sprache, Gründungssperre für deutsche Zeitschriften, Beseitigung der Spuren deutscher Vergangenheit sowie zu Einschränkungen im kulturellen Leben.

Im Jahre 1950 hat sich der Status der deutschen Bevölkerung in Niederschlesien verbessert. Das Recht auf deutsche Sprache und deutschsprachige Schulen wurde ihnen im Rahmen der von der polnischen Regierung angekündigten Integration der Deutschen zuerkannt. Das Politbüro des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei erließ am 26.07.1950 eine Anordnung über die Gründung deutschsprachiger Schulen und Kindergärten in den Wojewodschaften Breslau, Stettin und Köslin. Die wenigen sozio-kulturellen Einrichtungen boten eine Möglichkeit, die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung in Niederschlesien eingeschränkt zu verwirklichen sowie einen kommunikativen Austausch und die Aufrechterhaltung der deutschen Identität zu bewahren.(5)

Obwohl für die deutsche Restbevölkerung in Niederschlesien eine spürbare Verbesserung eingetreten war, war die Vorstellung von Zugehörigkeit zu einem heimisch-vertrauten Ort mit dem unvermeidbaren Gefühl fehlender Zugehörigkeit, von Fremdheit und Anderssein verbunden. Der antideutsche Druck war für viele Deutsche spürbar geblieben. Auf die Frage, warum 15 Jahre nach dem Kriegsende zahlreiche Deutsche ihre niederschlesische Heimat verlassen wollten, hörte man die gleiche Begründung: „Weil wir in unserer angestammten Heimat von Fremden beherrscht wurden und ohne Recht waren, ist uns das Zuhause in der alten Heimat zerstört worden. Minderheitsrechte wurden uns nicht eingeräumt. Unsere Kinder konnten die deutsche Muttersprache in den Schulen nicht erlernen. Auch uns Älteren war es untersagt, deutsch zu sprechen… Alle, ob Bauern oder Fabrikarbeiter, wollen und konnten nicht mehr in der alten Heimat leben“.(6)

1. Jürgen Thorwald: Es begann an der Weichsel. S. 352.
2. Aus einem Brief an das DRK im Juli 1946.
3. Das polnische Parlament.
4. Bernhard Grund (1967): Das kulturelle Leben der Deutschen in Niederschlesien unter polnischer Verwaltung 1947 – 1958. S. 20. Zitiert aus dem Referat des Genossen Leszczynski am 26.11.1956 im Waldenburger Parteihaus. Das abgedruckte Referat ist zu finden in „Arbeiterstimme“ Nr. 245 vom 1.12.1956.
5. Ebda, S. 121f.
6. Freda von Loesch: Die Deutschen in den osteuropäischen Staaten. S. 51.

Impressum

Herausgeber:
AGMO e.V. - Kaiserstr. 113 - 53113 Bonn
Tel. 0228/636859 Fax 0228/690420
E-Post: info@agmo.de Internet: www.agmo.de
V.i.S.d.P. Dr. Tobias Körfer
Die Eigentums- und Urheberrechte von Fotos und Texten liegen bei der AGMO e.V. Vor einer Veröffentlichung von veränderten Ursprungstexten ist schriftliche Zustimmung einzuholen. Abdruck nur mit Quellenangabe (AGMO e.V.), Belegexemplar erbeten.